

## Grundlagenpapier des Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN)

### zur geplanten Bewerbung für die olympischen Winterspiele 2018 „München + 2“ mit dem Schwerpunkt Garmisch-Partenkirchen

#### Vom Mikroklima und Megaschulden



Rodung Stegerwald und Erdrutschgefahr bei Tunnelbaustelle am Trögelhang für Ski-WM, Garmisch-Partenkirchen, Fotos: A. Doering, 2008

#### Autoren:

*Axel Doering*, Bund Naturschutz, Garmisch-Partenkirchen

*Sylvia Hamberger*, Gesellschaft für ökologische Forschung, München

mit Anregungen von Heike Aghte, Rudi Erlacher, Christian Hierneis,  
Dr. Christine Margraf, Ekkehard Pascoe und Dr. Wolfgang Zängl

#### Herausgeber:

Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), Pettenkoflerstraße 10a/I,  
80336 München, Tel.: 089/548298-89, [www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

1. Fassung  
05. März 2009

# Vom Mikroklima und Megaschulden

## Inhalt:

1. Vorwort: Zur Absicht dieses Papiers
2. Olympische Winterspiele 2018 - Ist „München+2“ wirklich ein ‚starker‘ Kandidat ?
3. Klimawandel
4. Image und Symbol
5. Nachhaltigkeit
6. Ökologische Bilanz
7. Ökonomische und soziale Bilanz
8. Fazit: Gesamt-Bilanz

## 1. Vorwort: Zur Absicht dieses Papiers

Vom "Zauberwort Olympia" sprach eine Stadträtin der Grünen bei der Anhörung zur Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018. Auf die Gefahr hin, manche aus ihrem zauberhaften Träumen zu reißen: Mit guten Worten allein werden olympische Winterspiele weder „ökologisch“ und „nachhaltig“ zu haben noch mit gutem Gewissen durchführbar sein. Bereits vor der Bewerbung hätten die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen für die betroffenen Orte genauer geprüft werden müssen.

Neben aller verständlichen Begeisterung der Athleten und Funktionäre sollten dabei vor allem die langfristigen Auswirkungen für die Umwelt und der langfristige Nutzen für die Bevölkerung in den austragenden Orten untersucht werden. Sie bleiben nach den Spielen zurück, und nur eine kritische Bestandsaufnahme vorher kann verhindern, dass sich der "Zauber Olympia" hinterher als fauler Zauber erweist.

Der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) will mit diesem Papier jenseits aller Olympia-Euphorie zeigen, warum aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes grundsätzliche Bedenken - vor allem im Bezug auf alle Skiwettbewerbe in Garmisch-Partenkirchen - für die Bewerbung „München plus zwei“ gibt. Gerne hätten wir diese Diskussion zu einem Zeitpunkt geführt, als Entscheidungen für oder gegen eine Bewerbung mit den Skiwettbewerben in Garmisch-Partenkirchen noch möglich waren.

Bei der Klausurtagung „Umwelt“ des Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) am 13. Februar 2009 in München wurden aber keinerlei Zweifel daran gelassen, dass der „Zug abgefahren ist“, sprich: „München plus zwei“ will sich auf jeden Fall genau in dieser Form bewerben. Die Naturschutz- und Umweltverbände können allenfalls in einer „Umwelt-Fach-Kommission“ des DOSB mitarbeiten und Detail-Vorschläge für „ökologische Umsetzungen“ erarbeiten, wobei „höhere Gremien“ letztlich über diese Vorschläge zu entscheiden haben.

Das kann aber aus unserer Sicht dem Anspruch der bisher „ökologischsten“ und „nachhaltigsten“ olympischen Winterspiele - wie sie vordergründig angekündigt werden - nicht gerecht werden. Auch wurden Fragen sowohl zum ökologischen Gesamtkonzept, als auch zu wichtigen Detailfragen zum wiederholten Male nicht beantwortet.

Zuvor hatten die beteiligten Umweltverbände bereits am 06.12.2007 in einem Schreiben an die (Ober-)Bürgermeister und Stadt- bzw. Gemeinderäte der betroffenen Kommunen ihre Zweifel an der Bewerbung dargelegt, einen umfangreichen Fragenkatalog erstellt und um Beantwortung dieser Fragen gebeten. Nach einer ersten unbefriedigenden Antwort (keine Fragestellung wurde behandelt) von OB Ude (München) wurden die Fragen in einem zweiten Schreiben vom 31.01.2008 erneut formuliert. Hierauf haben die Verbände bis heute keine Antwort erhalten.

Nach einem Treffen mit dem damaligen Geschäftsführer der Vorbereitungsgesellschaft, Wilfried Spronk mit Vertretern von DOSB und den Umweltverbänden am 23.07.2008, in dem unsere Zweifel erneut nicht ausgeräumt werden konnten, haben die Verbände in zwei Sitzungen einen weiteren Fragekatalog erstellt, der am 08.01.2009 an die Vorbereitungsgesellschaft und den DOSB gesandt wurde. Diese Fragen wurden bis zu dem Treffen am 13.02.2009 - und auch dort - in keiner Weise beantwortet.

Es überrascht, dass 16 Monate nach dem „Olympia Warm-Up“ (08.08.2007) bereits eine Machbarkeitsstudie mit vielen technischen Details existierte, aber trotz des Mottos „Ökologische Spiele“ bisher noch nicht einmal ein Rohgerüst für die Bereiche Ökologie, Klimaneutralität sowie Natur- und Umweltschutz vorgelegt werden kann. Es kann auch nicht Aufgabe der Verbände sein, dieses zu erarbeiten. Die Verbände können den Fortgang der Bewerbung aus ökologischer Sicht kritisch begleiten und ihre Forderungen einbringen. Jedoch kann es nicht im Interesse der Verbände liegen, „die höchsten ökologischen Ansprüche an die Spiele zu stellen, soweit das bei einem solchen Großereignis eben möglich ist“ (Zitat Dr. Vesper am 14.02.2009), sondern die Verbände gehen umgekehrt von den höchsten ökologischen Standards aus, unter die die Spiele zu subsumieren sind und die durch die Spiele nicht verletzt werden dürfen.

## **2. Olympische und paralympische Winterspiele 2018 - Ist „München plus 2“ wirklich ein ‚starker‘ Kandidat?**

Die Landeshauptstadt München will sich zusammen mit Garmisch-Partenkirchen und Schönau am Königssee für die 23. Olympischen und Paralympischen Winterspiele im Jahr 2018 bewerben.

Kernstück der Bewerbung ist das Konzept „München plus zwei“: Dabei bekommt München sämtliche Eissportarten („Ice-Cluster“) und bildet mit olympischem Dorf, dem Media Center sowie Auftakt- und Abschlussveranstaltung das Zentrum der Spiele.

In Schönau am Königssee sollen die Bob-, Skeleton- und Rodelwettbewerbe stattfinden. Garmisch-Partenkirchen würde laut Machbarkeitsstudie (Kurzfassung) „ideale Voraussetzungen für die Austragung sämtlicher alpinen und nordischen Disziplinen bieten“ - das sogenannte „Snow-Cluster“.

Das heisst: Alle Schneewettbewerbe sollen in Garmisch-Partenkirchen stattfinden. Als wichtigster Bereich olympischer Winterspiele bedeutet das für den Austragungsort die zeitgleiche Durchführung aller Skiwettkämpfe im alpinen (Ski-Alpin) und im nordischen (Langlauf) Bereich, des Biathlon, der Snowboard-, Freestyle- und der Skisprungwettbewerbe.

Im Einzelnen müssen **folgende Veranstaltungen** abgewickelt werden:

|                       |   |                  |
|-----------------------|---|------------------|
| Ski-Alpin             | Abfahrt,<br>Super-G,<br>Riesenslalom,<br>Slalom,<br>Alpine Kombination                                | Damen und Herren |
| Langlauf              | Sprintrennen,<br>Team Sprint,<br>Einzelrennen,<br>Verfolgungsrennen,<br>Massenstart,<br>Staffelrennen | Damen und Herren |
| Nordische Kombination | Jagdrennen,<br>Mannschaftsrennen  | Damen und Herren |
| Biathlon              | Sprintrennen,<br>Einzelrennen,<br>Verfolgungsrennen,<br>Massenstart,<br>Staffelrennen                 | Damen und Herren |
| Skispringen           | Normalschanze,<br>Großschanze, Mannschafts-<br>springen   | Herren           |
| Freestyle Skiing      | Buckelpiste,<br>Springen,<br>Ski Cross  | Damen und Herren |
| Snowboard             | Halfpipe,<br>Snowboardcross,<br>Parallel-Riesenslalom   | Damen und Herren |

**Vorhanden und nutzbar sind bisher nur Teile der Anlagen für Ski-Alpin, und Teile der Anlagen für die Ski-Sprungwettbewerbe. Eine vorhandene kleine Biathlonanlage in Kaltenbrunn wurde bereits für unzureichend erklärt.**

Da alle diese Veranstaltungen unter freiem Himmel in der Landschaft ausgetragen werden, liegen hier die größten Probleme im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, die durch die niedrige Höhenlage (700 m ü.NN) von Garmisch-Partenkirchen und den sich beschleunigenden Klimawandel weiter verstärkt werden.

Bisher liegen folgende **Entscheidungen** vor:

Die Vollversammlung des Münchner Stadtrates hat am 28.11.2007 – laut Presseberichten mit nur einer Gegenstimme – der Bewerbung für die 23. Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 zugestimmt. Der Gemeinderat von Garmisch-Partenkirchen folgte einstimmig am 29.11.2007.

Grundlage für diese Entscheidungen war die so genannte Machbarkeitsstudie, die den beteiligten Stadträten nur in einer Kurzfassung zur Verfügung stand.

Am 8.12.2007 hat die Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) in Hamburg über die Bewerbung Deutschlands mit München als Austragungsort positiv entschieden.

Die Umwelt- und Naturschutzverbände wurden zu diesem Zeitpunkt weder angehört noch einbezogen.

Münchens Oberbürgermeister Ude war seit Beginn der Bewerbungspläne begeistert von der Vorstellung, München könne die erste Stadt werden, die sowohl Sommer- als auch Winterspiele ausrichtet:

*"Olympische Spiele in München müssen eine unverwechselbar Münchnerische Handschrift haben. Dazu gehört eine starke ökologische Orientierung – der Schutz von Umwelt und Natur im Alpenraum muss einen hohen Stellenwert haben!"* (muenchen.de, 10.8.2007).

In der Kurzfassung der „Machbarkeitsstudie“ bezieht man sich hinsichtlich Klimaschutz und Nachhaltigkeit auf den „Leitfaden „Green Champions“ des BMU und der DOSC und folgert:

*„Anhand dieser Grundlagen bestehen beste Voraussetzungen, die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 im Sinne von Nachhaltigkeit und Klimaschutz durchzuführen und durch darüber hinausgehende Maßnahmen neue Standards für den Umweltbereich zu setzen.“*

Und im „Fazit“ wird ausgeführt:

*„Sämtliche Planungen von Neubauten sowie Nutzungen und Umplanungen im Bestand sind unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit zu prüfen. Die Zielsetzungen sollten hierbei klimaneutrale Winterspiele (und) „Zero-Emission“-Einrichtungen ... sein“.* (Unterstreichungen nicht im Originaltext)

**Nach diesen Aussagen und allgemeinen Zielsetzungen würde man eine verantwortungsvolle Abwägung aller Fakten erwarten, die vor allem auch den Klimawandel, der die Alpen ganz besonders berührt, und die Klimaziele der Bundesrepublik mit beinhaltet.**

Doch wie will man diese Vorgaben insbesondere bei den Schneewettbewerben in Garmisch-Partenkirchen erfüllen?

### 3. Klimawandel

In Zeiten des Klimawandels, der sich schon jetzt stark beschleunigt, überrascht der Glaube, dass 2018 - in 9 Jahren - Winterspiele in Höhenlagen von 700 m ü.NN bis 1650 m ü.NN an der Kandahar, am Gudiberg und in Kaltenbrunn sowie am Barmsee überhaupt noch möglich – und dazu auch noch „klimaneutral“ - sein könnten.

Die global gemittelte Temperatur der Erde ist in den letzten 100 Jahren um etwa 0,8 °C (bald 0,9°C) angestiegen, davon allein 0,6 °C in den zurückliegenden 30 Jahren. **Der Alpenraum ist vom Klimawandel besonders stark betroffen: Der Temperaturanstieg ist hier doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. In Garmisch-Partenkirchen ist es seit 1972 bereits um ca. 1,6 °C wärmer geworden.**

Der UN-Weltklimarat IPCC („Intergovernmental Panel on Climate Change - Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderung“) rechnet mit einer globalen Erwärmung um 1,8 bis 4 Grad Celsius (mit einer prognostizierten Schwankungsbreite von 1.1 – 2,9 bzw 2,4 bis 6,4 Grad Celsius im globalen Durchschnitt) im Laufe dieses Jahrhunderts – je nach Szenario der Treibhausgas-Senkung.

Das heutige Niveau der Treibhausgase liegt deutlich höher als das natürliche Niveau in den letzten 650.000 Jahren und ist niemals in dieser Zeit so rasch angestiegen wie in den letzten 50 Jahren. Hohe Treibhausgas-Konzentrationen in der Atmosphäre sind aber immer gekoppelt mit höheren Temperaturen.

Im November 2007 weist der IPCC nochmals eindringlich auf die Folgen des Klimawandels und dessen Beschleunigung hin: “ Eine Erwärmung unter 1,5°C ist sehr unwahrscheinlich, eine über 4,5°C nicht auszuschließen.“ (4. Sachstandsbericht-AR4, 2007).

Im Dezember 2008 warnt der Klimaschutzbeauftragte der Bundesregierung, Hans-Joachim Schellnhuber erneut vor der dramatischen Beschleunigung: **„Wir sind auf dem Weg zur Destabilisierung des Weltklimas viel weiter fortgeschritten, als die meisten Menschen und Regierungen denken.“** Der Klimawandel äußert sich nicht „nur“ in linearer Erhöhung der Temperaturen: Extreme Wetterereignisse haben zugenommen und die Befürchtungen gehen von so genannten „Kipp-Elementen“ aus. *„Für die Arktis sei bei der jetzigen Erderwärmung von 0,8°C die Grenzlinie offenbar schon überschritten“* (APP-Meldung, 29.12.2008).

**Die Zunahme der Wetterextreme und der Anstieg der globalen Temperatur machen die Ausrichtung olympischer Winterspiele und die Nachnutzung der Infrastrukturen mit jedem Jahr mehr zum Vabanquespiel.**

Die Häufung wärmerer Winter und eine Vielzahl extremer Wetter-Ereignisse - wie längere Trocken- und Wärmeperioden auch im Winter oder Starkniederschläge - stellen eine *„ernste Gefahr für die Schneesicherheit in den Skigebieten der Alpen und folglich für die wintersportorientierte regionale Wirtschaft“* (OECD) dar. Diese Studie der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wurde bereits 2006 veröffentlicht und bezeichnet die Lage für die deutschen Skigebiete als besonders ernst.

Auch andere Studien gehen davon aus, dass die „Schneesicherheit“ unterhalb von 1700 m ü.NN (und darüber) abnimmt und bald nicht mehr gewährleistet ist.

Mit dem Anstieg der Nullgradgrenze nehmen Schneemengen wie Schneehäufigkeit in den Voralpen bereits ab – die Niederschläge fallen häufiger als Regen. Starkschneefälle in höheren Lagen können zu erhöhter Lawinengefahr führen.

Der Bürgermeister von Garmisch-Partenkirchen beschwört in der Sendung „Kontrovers“ am 21.1.2009 zwar, dass es sogenannte „*Mikroklimata*“ gibt. Das sei auch so in Garmisch-Partenkirchen an den Nordhängen, wo statistisch gesehen die Temperaturen in den letzten 15 Jahren gesunken seien. Diese Annahme stützt sich auf die Aussagen von Prof. Seiler, der noch vor wenigen Jahren zu den profiliertesten Warnern vor dem Klimawandel gehörte. Inzwischen ist der ehemalige Direktor des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung zum Umweltreferenten des Organisationskomitees für die FIS-Skiweltmeisterschaften 2011 in Garmisch-Partenkirchen geworden und gehört zu den bekanntesten Befürwortern der Bewerbung für die olympischen Winterspiele 2018. Auf seine Klimaprognosen stützt sich vor allem die Bewerbung für die Skiwettbewerbe. Diese Prognosen gehen in erster Linie davon aus, daß *„die Anzahl der Tage (bzw. Nächte) mit niedrigen Temperaturen in der relevanten Zeitspanne zunimmt“* (Prof. Seiler in der Anhörung der Grünen, 28.11.2008). Daraus wird gefolgert, dass es in Garmisch-Partenkirchen - und hier besonders am Kandaharhang - kälter würde – im Gegensatz zum stärkeren Erwärmungstrend weltweit und insbesondere in den Alpen. Ungeklärt bleibt dabei auch die Frage, wie eine Nachnutzung der Anlagen nach dem kurzen „olympischen Event“ 2018 gewährleistet sein soll.

Regionale Prognosen für so eng begrenzte Gebiete mit weitreichenden Aussagen sind in der Klimaforschung - vorsichtig formuliert - sehr umstritten. Gleichzeitig betont auch Prof. Seiler, dass Garmisch-Partenkirchen neben Oberstdorf zu den Gewinnern im Wintersport gehöre, weil sie *„hochgelegene Wintersportpisten haben“*, denn *„Wintersport wird nur noch in Höhen von mehr als 1200 Meter möglich sein“* (merkur-online, 25.1.2009). Das wäre aber eine Absage an die Kandahar-Pisten, die zwischen 740 m ü.NN bis 1650 m ü.NN liegen. Für die Bereiche in Kaltenbrunn und Klais bzw Barmsee gibt es unseres Wissens bisher keinerlei Aussagen zur Klimaentwicklung bis 2018.

Nach Aussagen von IOC-Präsident Rogge werden der Klimawandel und die Entwicklung der Schneebedingungen an den Austragungsorten innerhalb der nächsten Jahre zu einem entscheidenden Vergabekriterium für die Olympischen Winterspiele werden.

Denn Schnee und Schneesicherheit sind unabdingbar für Olympische Winterspiele. Natürlich kann es sein, dass in Garmisch-Partenkirchen ausgerechnet im Winter 2018 Schnee liegt – und ausgerechnet zum richtigen Zeitpunkt der olympischen Skiwettbewerbe. Doch kein Veranstalter wird sich darauf verlassen.

„Schneesicherheit“ kommt schon heute fast ausschließlich aus der Maschine. Die zeitgerechte Durchführung von Wintersport-Großveranstaltungen ist nur noch mit hohem Energie- und Landschaftsverbrauch möglich, denn die Vielzahl schneeabhängiger Sportarten erzwingt die Vollbeschneigung aller Pisten, Loipen und Schanzen. Der Ausbau der Beschneiungsanlagen betrifft auch Gletschergebiete. Neue Pläne sehen die Beschneigung des Zugspitzgletschers vor.

Von den Verantwortlichen und den Planern für „München plus zwei“ gibt es die Vorgabe, dass alle Skiwettkampfstätten in Garmisch-Partenkirchen künstlich beschneit werden müssen. Das bestätigte auch Matthias Schöner vom Planungsbüro Albert Speer & Partner bei der Klausurtagung des DOSB am 13.2. 2009 in München. Hier stellt sich aber für uns eine der entscheidenden Fragen: Wie ist das „Allerheilmittel“ der künstlichen Beschneigung mit dem dafür notwendigen Energie- und Landschaftsverbrauch vereinbar mit der Vorgabe, die olympischen Winterspiele 2018 besonders „klimaneutral“, nachhaltig“ und „ökologisch beispielhaft“ durchzuführen?

Die olympischen Winterspiele „München plus zwei“ sind im Jahr 2018 – also in 9 Jahren – geplant. Das ist aber gerade die Zeitspanne, die uns nach Expertenmeinung für eine radikale Änderung der Energiepolitik in Richtung Klimaschutz-Politik noch bleibt.

#### 4. Image und Symbol

In Zeiten des Klimawandels sind neun Jahre ein langer Zeitraum. Man weiß zwar nicht, wann die Wetterextreme in welcher Form weiter zunehmen und ob die klimatischen Kipp-Elemente über die Arktis hinaus Wirklichkeit werden, aber man muss jetzt schon mit *symbolischen* Kipp-Effekten rechnen: Außergewöhnliche Wetterereignisse, die auf den Klimawandel zurückzuführen sind, können zu dessen Symbol werden. Damit könnte sich aber die öffentliche Meinung auf den Kopf stellen und Begeisterung schlägt um in Ablehnung.

Eine realistische Planung muss *jetzt* damit rechnen, dass olympische Winterspiele, die mit Schneekanonen gegen den Klimawandel erzwungen werden, in neun Jahren zum Ausdruck der Verantwortungslosigkeit, ja der „Selbsterstörung“ menschlichen Handelns werden. Die olympischen Winterspiele 2018 in Garmisch-Partenkirchen, Königsee und München könnten dann weltweit Beachtung finden – nicht als Fest der Jugend, sondern als Menetekel des Klimawandels. Ein Menetekel, dessen Schrift vielleicht als weißes Kunstschnee-Band inmitten einer dunklen Landschaft weltweit verbreitet werden würde.

Bestes Beispiel ist die Berichterstattung über die Biathlon-WM in Pyeong Chang/Korea im Februar 2009, die fast ins (Schmelz)-Wasser fiel. Das Wetterchaos in Pyeong Chang „könnte auch verheerend für die koreanischen Ambitionen sein, dort Olympische Winterspiele auszutragen. Wovon München profitieren könnte, schließlich gilt Pyeog Chang als härtester Konkurrent für die Bewerbung 2018“ (Abendzeitung, 14./15.2.2009)

Diese Berichte äußern sich deutlich über den Image-Verlust. Gleichzeitig folgern sie aber - falsch -, dass dies hier nicht passieren könnte.

Am Alpenrand – auch im Gebiet von Garmisch-Partenkirchen - steigen die Temperatur-Maxima an Föhntagen an, und in neun Jahren kann es in Garmisch-Partenkirchen so und schlimmer aussehen wie jetzt in Pyeong Chang.

Zumindest muss man diesen „GAU“ für die olympischen Winterspiele 2018, der umso wahrscheinlicher wird, je klimasensibler der Veranstaltungsort ist, in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

Wenn man sich dann doch dafür entscheidet, dann weiß man wenigstens, auf welchem Eis der öffentlichen Akzeptanz man sich dem Termin nähert.

## 5. Nachhaltigkeit

In der Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 in Deutschland ist München der verantwortliche „Austragungsort“, der Garmisch-Partenkirchen und Schönau/Königsee mit einbezieht.

München hat bereits 2003 so genannte „Nachhaltigkeitsziele“ verabschiedet, die dem Klimaschutz dienen. Klimaschutz und ökologische Nachhaltigkeit stehen auf der kommunalen Agenda.

Für Olympische Spiele in einer Bergregion gelten die besonderen Bedingungen vor Ort. Olympische Spiele haben als globales Ereignis Vorbildcharakter. Sie sollen der ganzen Welt das Nachhaltigkeits-Bewusstsein der Gastgeber demonstrieren. Deutschland soll dabei, entsprechend seinem Selbstverständnis ökologisch, ökonomisch und sozial besonders vorbildliche Spiele veranstalten – und wird weltweit daran gemessen.

Es gilt für eine nachhaltige Entwicklung, dass alle drei Nachhaltigkeitsfaktoren zugleich und nachweislich erfüllt sein müssen:

- Olympische Spiele müssen eine solide ökologische Bilanz erbringen. Sie dürfen keine Naturgüter vernichten, sie dürfen den Klimawandel nicht fördern, sondern müssen ihn in ihren Planungen mit einbeziehen und ihm entgegen wirken: Sie sollen vorbildliche Lösungen erarbeiten, die dem Umweltstandort Deutschland (München, Garmisch-Partenkirchen, Königsee) zur Ehre gereichen. Auch die ökologische Bilanz muss für kommende Generationen positiv wirksam sein.
- Olympische Spiele müssen eine solide ökonomische Bilanz in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erbringen. Sie dürfen keine „ungedeckten Schecks auf die Zukunft“ ausstellen, wenn diese die kommende Generation belasten (Verschwendung öffentlichen Eigentums, Zerstörung von „Umweltkapital“ - Unversehrtheit, Schönheit und Vielfalt der Natur -, Verschuldung der Haushalte); alle technischen Einrichtungen und Bauten und ihre Nachfolgelasten müssen in die Bilanz einbezogen werden.
- Olympische Spiele müssen der lokalen Bevölkerung nutzen. Der soziale Nutzen der Veranstaltung bemisst sich an den auf Dauer geschaffenen Arbeitsplätzen, der Zustimmung und Unterstützung der Bevölkerung vor Ort (nicht: der Besucher oder „Deutschlands“) und der langfristig zu erwartenden Verbesserung von politischen und kulturellen Infrastrukturen und der Bewahrung der natürlichen Ressourcen. In einer nachhaltigen Sozialentwicklung geht es um Förderung attraktiver, sinnvoller und dauerhafter Arbeitsplätze sowie langfristiger Existenzmöglichkeiten und bezahlbarer Wohnungen in der Gemeinde.
- Alle Entscheidungen, die Nachhaltigkeitsfaktoren betreffen, erfolgen im Dialog mit der Bevölkerung und ihren Vertretungen (soziale Dialogstandards). Umwelt- und Naturschutzverbände müssen daher zwingend wesentlich intensiver beteiligt werden.

**Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind *Querschnittskriterien* für die Olympischen Winterspiele.**

**Nimmt man diese – global so vereinbarten - Kriterien zum Maßstab der Olympiabewerbung, ist nicht erkennbar, wie die Olympischen Winterspiele 2018 – insbesondere im dafür zu niedrig gelegenen Garmisch-Partenkirchen als nachhaltiges Projekt umsetzbar sind:**

## **6. Ökologische Bilanz**

### **6.1. Landschafts- und Naturschutz**

Mehr als die Hälfte der Landschaften und Naturräume des Landkreises Garmisch-Partenkirchen sind ökologisch besonders empfindlich und bedroht. Sie wurden deshalb unter Landschafts- oder Naturschutz gestellt.

Es fällt bei der Bewerbungsbefürwortung auf, dass durch die drängenden Probleme des Klimawandels der traditionelle Natur- und Umweltschutz ganz unter den Tisch zu fallen drohen. Alle Bemühungen richten sich darauf darzulegen, dass die Spiele *klimateutral* durchzuführen sind. Die gewaltigen Eingriffe in sensible Landschaften werden unterbewertet

Es ist zu erwarten, dass sich die Baustellen und Anlagen auch in bisher naturnahe Bereiche und geschützte Biotop ausdehnen werden. Wo will man gerade in diesem Landkreis die neuen Anlagen und Infrastruktureinrichtungen unterbringen, einrichten, bauen und installieren, die für olympische Winterspiele gebraucht werden? Was will man opfern und zu welchem Preis?

Das „Snow-Cluster“ Garmisch-Partenkirchen soll für die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 ausgebaut werden. Die „Machbarkeitsstudie“ (Kurzform) sieht hier die Zusammenführung aller alpinen und nordischen Sportarten vor, nennt die Umbauten für die WM 2011 als „*optimale Voraussetzungen für eine potenzielle Nutzung*“ und stellt klar: „*Das gegenwärtige „Snow-Cluster“-Konzept sieht außerdem verschiedene Alternativen für eine Neugestaltung der Langlauf- und Biathlon-Strecken mit dazugehöriger Infrastruktur in Kaltenbrunn und im Bereich Klais vor*“. Statt nach Klais will man inzwischen mit den Langlaufbereichen auf Wiesenflächen in der Nähe des Barmsee ausweichen. Alle Anlagen und Pisten sollen künstlich beschneit werden und die Frage nach der Anzahl neuer Beschneiteiche konnte bisher noch nicht endgültig beantwortet werden, denn die s.u. bei Wasser: Bereitstellung von Wassers zur Beschneigung wird zu einem großen Problem werden.

Zu den eigentlichen Sportanlagen kommen noch dazu: Straßen, riesige Parkplätze, Beleuchtungsanlagen auch für die Wettkampfbereiche, Standorte und Tribünen für Presse und Besucher, Sicherheitseinrichtungen, olympisches Dorf und „temporäres Mediendorf“ und alle Ver- und Entsorgungs- sowie technische Infrastruktur. Ohne hohen Energie-, Wasser- und Landschaftsverbrauch ist das nicht möglich.

Nicht nachzuvollziehen ist, dass die Veranstalter die bereits in Oberbayern (Ruhpoldings Biathlonanlagen) und Schwaben (Oberstorfs weltmeisterschaftstaugliche Langlaufanlagen) vorhandenen Austragungsstätten nicht in die Bewerbung mit aufgenommen haben. Hier werden, wegen des vermeintlichen Vorteils der „kompakten Bewerbung“ ein erheblicher zusätzlicher Flächenbedarf, zusätzliche Kosten und gravierende Eingriffe in derzeit noch intakte Landschaftsräume in Kauf genommen (Langlaufanlagen mit Stadion und Parkplätzen am Barmsee und Neuanlage bzw Ausbau der Biathlonanlagen und Parkplätze etc in Kaltenbrunn).

Die immensen Dimensionen einer einzigen Weltmeisterschaft im Skisport zeigen sich in der Vorbereitung für die Ski-WM 2011 in Garmisch-Partenkirchen. Der Pistenausbau hat nichts mehr mit den ursprünglichen Planungen und der Bewerbung zu tun. Auch die Ausbauplanvarianten, die ursprünglich mit dem Bund Naturschutz ausgehandelt wurden, wurden nicht realisiert. Nach dem Zuschlag durch die FIS kehrten die lokalen Planer fast vollständig zu ihren Maximalvorstellungen vom Beginn der Planungen zurück und setzten sie durch.

Trotzdem behaupten Verantwortliche des Ausbaus, wie Günter Hujara, Heinz Mohr und auch Christian Neureuther, dass die neue Kandahar in Übereinstimmung mit dem BN gebaut wurde. Dem muss entschieden widersprochen werden! Die Forderungen der FIS haben alle genehmigten Pläne (auch die Plan-Grundlagen für den Zuschlag durch die FIS) zur Makulatur gemacht: *„Für den im kommenden April beginnenden Endausbau der Kandahar-Abfahrt haben der Internationale Skiverband (FIS), das Organisationskomitee der Alpinen Ski-WM 2011 und die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen um Änderungen der bisherigen Planungen gebeten.“* (Garmischer Tagblatt 21.11.2007). Diese Planungsänderungen erforderten im Sommer 2008 u.a. noch mehr radikale Eingriffe in den Bergwaldbestand, obwohl die FIS-Schneise bereits im Sommer 2007 erweitert worden war. Insgesamt wurden einschließlich der Flächen für den Beschneigungssee und Deponien über 13 ha (!) wertvoller Berg- und ausgewiesener Schutzwald gerodet – dabei wurden Bäume mit bis zu einem Meter Durchmesser gefällt. Diese Rodungen haben die Vorgaben des Bergwaldprotokolls der Alpenkonvention (ein völkerrechtlich bindender Vertrag) missachtet, das insbesondere in Art. 6 den Bergwäldern mit Schutzfunktion eine Vorrangstellung einräumt und wonach diese „an Ort und Stelle zu erhalten“ sind. Wenn „local Heroes“ wie Felix Neureuther dies noch begrüßen - Zitat Felix Neureuther in der Tageszeitung „Die Welt“, 29.01.2009: *„Es war beeindruckend zu sehen, wie aus einem Berg voller Bäume auf einmal so eine geile und krasse Strecke entsteht“* -, zeugt das umso mehr vom Fehlen einer sachlich orientierten, objektiven Bewertung der Pisten-Ausbauten.

Bergwald ist für die Besiedelung des bayerischen Alpenraumes elementar als Bodenschutz und Wasserspeicher an den Hängen. Ohne Bergwald erhöht sich die Gefahr von Hangrutschungen, Bodenabtrag, Lawinen und auch von Hochwasser. Im Gebiet des Trögelhanges gab es im Jahr 2008 wegen der Tunnelbohrung zwei Bergrutsche, obwohl die Planungs-Geologen die Standsicherheit aller Hänge attestiert hatten. Dies ist umso unverständlicher, als es bereits in den Jahren 1972 und 1993 „bei den Trögeln“ zu Rutschungen gekommen war, was den zuständigen Stellen bekannt sein musste.: *„Zum Zeitpunkt der Aufnahme waren noch deutliche Anzeichen für eine anhaltende Aktivität zu beobachten“* ([www.bis.bayern.de](http://www.bis.bayern.de) - Aufnahmezeitpunkt war 1993). Das Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention verbietet in Art. 14 die Anlage von Pisten in labilen Bereichen. Der Weiterbau am Trögelhang missachtet also auch diese gesetzlichen Vorgaben der Alpenkonvention.

Die Erfahrungen mit den WM-Planungen und die derzeitigen Planungen für die olympischen Winterspiele legen nahe, dass der Pisten-, Beschneiteich- und Schneekanonen-Ausbau für 2018 nicht „ausreichen“ werden. Entwicklung im Skisport gehen nach Aussage des OK-Chefs der Ski-WM 2011 sehr rasch (*„Zwei Jahre sind im Skisport eine lange Zeit“*). Die im Zielbereich der Kandahar und der Olympiaabfahrt ursprünglich vorgesehenen Anlagen für Snowboard und Freestyle-Wettbewerbe – mit einer temporär gebauten (und ev. gekühlter) Halfpipe mit einem zusätzlichen Sessellift wurden jetzt an den Hausberg verlegt. Sowohl Bau als auch der Betrieb werden sehr energieaufwendig sein

## 6.2. Schnee oder Nicht-Schnee? Beschneigung contra Klimaschutz

Die neue Skisprungschanze am Gudiberg in Garmisch-Partenkirchen wird künstlich gekühlt und „Schneegarantie“ heißt: schon gebaute aber auch geplante Beschneiungsanlagen in allen Höhenstufen und für alle Sportstätten.

Schneekanonen sind zum Symbol einer völlig aus dem Ruder laufenden Vermarktung („touristische Aufholjagd“) der Alpenregion geworden.

Von Nachhaltigkeit kann gerade hier keine Rede sein. Die Ökobilanz von Beschneiungsanlagen und ihren Zusatzanlagen ist negativ (vgl. BN-Hintergrundpapier „Der künstliche Winter“, 2007 BN/Doering/Hamberger/Margraf). Die beschneiten Flächen im Classic-Skigebiet haben sich im Gefolge der Ausbauten für die WM 2011 von ca. 30 ha bereits auf mehr als das Doppelte - auf ca. 70 ha – ausgeweitet. Der durchschnittliche Energieverbrauch für eine Beschneiungsfläche von 1 ha beträgt 13 000 kWh. Der Energieverbrauch im gesamten Classic-Skigebiet beträgt dann im Mittel pro Saison etwa 900 000 kWh: mehr als das 3-fache der gesamten solaren Stromerzeugung von Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2006.

Wie sich bereits im Winter 2006/2007 gezeigt hat, hält aber der Beschneigungsaufwand nicht immer, was er verspricht: Für die Kunstschneeproduktion war es zu warm – die neuen Anlagen standen still. Viele Ski-Weltcuprennen mussten – alpenweit und kurzfristig - abgesagt werden. Sie fielen den Wetterereignissen zum Opfer. Andere Veranstaltungen konnten nur mit sehr zweifelhaften Methoden durchgeführt werden: So „importierte“ man in Garmisch-Partenkirchen den fehlenden (Kunst-)Schnee auf LKWs aus dem Wipptal am Brenner und verteilte ihn mit Hubschraubern im Pisten- und Zielbereich. Für die „heimische“ Schneeproduktion war es zu warm.

Nur mit zusätzlicher Infrastruktur und neuartigen Beschneigungssystemen wird es – wenn überhaupt – möglich sein, im Jahr 2018 technische „Schneesicherheit“ zu gewährleisten. Bereits heute deutet sich an, dass die Bereitstellung von Wasser und verfügbarer Energie für die Beschneigung zunehmend Probleme bereiten.

Neue Beschneigungssysteme, die bei Plusgraden Kunstschnee liefern, sind in anderen Ländern bereits in der Erprobung. Man will die „Winterevents“ um jeden Preis wetter- und jahreszeitenunabhängig machen. Die Folgen dieser neuen Techniken für Natur- und Wasserhaushalt, Energie- und Ressourcenverbrauch sind noch nicht abzuschätzen, zumal auch der Druck auf den Einsatz von Zusätzen zur Beschneigung zunehmen wird.

Obwohl es bisher nicht in die Olympia-Machbarkeit einbezogen wurde, ergibt sich mit dem Ausbau am nördlichen Schneeferner die Möglichkeit, in die Hochlagen auszuweichen. Mit Plänen für den für den Zugspitzgletscher würden sich **Eingriffe in sensiblen Hochlagen** ergeben.

Die geplante Beschneigung – mit Schneiteich – am Zugspitzgletscher zeigt die Absicht, „in die Höhe“ zu bauen. Im Jahr 2018 wird das Gletscherskigebiet sogar in dieser Höhe weder eis- noch schneesicher sein. Nach Prognosen der *Kommission für Glaziologie der Bayerischen Akademie der Wissenschaften* wird (auch) der nördliche Schneeferner bei anhaltendem Gletscherschwund in spätestens 15 Jahren völlig verschwunden sein. Werden die nächsten Sommer aber heißer und trockener – und treten Extremsommer wie 2003 auf -, könnte die Zugspitze bereits früher gletscherfrei sein. Dann wäre auch die Wasserversorgung für die Beschneigung nicht mehr gewährleistet.

Die Bauarbeiten am Gletscher für die Beschneigung der Anlagen und den Schneiteich, ein weiterer Ausbau der Abfahrten und eine Erweiterung der Transportkapazitäten der Zugspitzbahnen sind in diesen empfindlichen Höhenlagen besonders kritisch zu sehen und mit der Alpenkonvention nicht zu vereinbaren.

Der geplante Ausbau der Zugspitze erinnert an die Ski-WM 1978. Bereits damals wurde auf der Zugspitze eine Ausweich-Abfahrtsstrecke angelegt (und dafür sogar die Grenze der Zone C, also der absoluten Ruhezone, des Bayerischen Alpenplans verlegt). Für eine

Durchführung der Abfahrten bei den Olympischen Winterspielen wären jedoch die Transportkapazitäten der auf die Zugspitze führenden Bahnen zu gering. Aber es gibt Pläne, die Kapazität zu erhöhen: Für 30 Mio. € soll eine neue Bahn auf die Zugspitze gebaut werden.

### **6.3. Wasserbedarf**

Bereits heute reicht das Wasser der Garmisch-Partenkirchener Trinkwasserquellen und des Hammersbaches für die Beschneigung nicht mehr aus. Deshalb hat man zwei große Speicherseen mit zusammen ca. einhundertzehntausend Kubikmeter Fassungsvermögen gebaut, die in kurzer Zeit das Wasser für die Beschneigung liefern sollen. Trotzdem reicht der Wasserbedarf schon heute nicht für die gleichzeitige Beschneigung der Wettkampfpisten und des normalen Skibetrieb aus. Das Wasser für die Füllung der Beschneiteiche wird aus dem Tal herauf gepumpt. Die Anlage dieser Speicherseen und die Verbringung des Aushubs haben wertvolle Flächen am Berg zerstört, von den immensen Kosten und dem Energieeinsatz ganz abgesehen. Olympische Winterspiele mit der Vollbeschneigung aller Sportstätten machen die Anlage weiterer Speicherseen zwingend erforderlich, denn die Wasserentnahme aus dem Barmsee oder anderen Gewässern wäre gerade in den Wintermonaten ökologisch verheerend. Der Wasserbedarf für die Beschneigungssysteme konkurriert auch mit dem Trink- und Brauchwasserbedarf der Einwohner und Besucher. Für das gesamte olympische Aufgebot ist ein sehr hoher Wasserbedarf erforderlich. In der Beschneigungspraxis zeigt sich bereits heute, dass die Prognosen in den Genehmigungsverfahren den Wasserbedarf massiv unterschätzt haben. Auch haben die wasserrechtlichen Verfahren einen Beschneigungsausbau bisher weder verhindern noch wenigstens begrenzen können.

### **6.4. Platzbedarf**

Die Anzahl der Sportarten für die Olympischen Winterspiele ist permanent gewachsen.

Bereits 1988 wurden in Calgary neben hochklassigen Wettbewerben auch neuer Gigantismus (Sportbauten), Einflussnahme des Fernsehens (ABC hatte die Rechte für 309 Millionen Dollar erworben), die erstmalige Teilnahme von Profisportlern sowie Streitigkeiten um die augenfällige Werbung an Kleidung und Sportgerät geboten. Es wurde auch deutlich, dass sich das olympische Programm weiter ausdehnen würde.

In Nagano (1998) fanden 68 Wettbewerbe in 15 Sparten statt. Während der Olympiade in Turin wurden den Athleten in insgesamt 84 olympischen Entscheidungen Medaillen verliehen.

Für die olympischen Winterspiele 2018 sind allein in Garmisch-Partenkirchen 48 Wettbewerbe vorgesehen – man spricht von 70 Prozent der olympischen Veranstaltungen (s. Tabelle S. 1). Das olympische Dorf 2018 in München muss alle 4.500 Athleten beherbergen, in einem „Main Media Village“ mit temporären Unterkünften will man etwa 6.000 Medienvertretern unterbringen.

In einem zweiten olympisches „Dorf“ bzw. einem „temporärer Mediendorf“ in Garmisch-Partenkirchen wird man die Unterbringung von mehreren Tausend Athleten, Betreuer und Presseleuten bewerkstelligen müssen. Dazu kommen noch die umfangreichen Sicherheitsanlagen mit Personal und die BesucherInnen. Neben den Hotelkapazitäten von etwa 3.000 Zimmern geht die „Machbarkeitsstudie“ von weiteren 5.000 Betten in Garmisch-Partenkirchen, Grainau und Farchant aus. Erwartet Garmisch-Partenkirchen für die WM 2011, bei der nur die „Alpinen“ Wettbewerbe durchgeführt werden, schon 250.000 Gäste, dürften es zu den Olympischen Winterspielen 2018 erheblich mehr werden - vielleicht nimmt das Interesse an Olympischen Winterspielen aber angesichts möglichen Imageverlustes stark ab.

## 6.5. Verkehr

Die räumliche Aufteilung der Einzeldisziplinen zwischen München, Garmisch-Partenkirchen und Königsee führt - konzentriert auf lediglich zwei Wochen - zu enormen Verkehrsströmen, die wegen ihrer zeitlichen Ballung nicht „ökologisiert“ sind. Der Garmisch-Partenkirchner Bürgermeister Thomas Schmid wird dazu in der SZ vom 20.10.2007 zitiert: „Dann muss endlich der Engpass am Autobahnende bei Eschenlohe entschärft werden. ... Außerdem brauchen wir die Untertunnelung von Oberau, den Ausbau der Bahn und den Tunnel durch den Wank“.

Ist die Bewerbung erst ausgesprochen und bekommt „München plus zwei“ den Zuschlag, wird nichts mehr sein wie heute. Dann eilt es mit dem Ausbau: Neben dem (Autobahn)-Ausbau bis Garmisch-Partenkirchen und bis Berchtesgaden sowie der Verbreiterung der Salzburger Autobahn wird die Südtrasse um München aktuell und Bürgerinitiativen, die sich dagegen wehren, fürchten den „Vollzug“ wegen der olympischen Winterspiele. Das bedeutet, dass für ein lediglich zweiwöchiges erhöhtes Verkehrsaufkommen ökologisch höchst zweifelhafte und dauerhaft irreversible Infrastrukturprojekte für mehrere Milliarden € in Angriff genommen würden, für die die Olympischen Spiele demnach als Rechtfertigung für deren Notwendigkeit dienen.

Hinzu kommt der Ausbau der Bahnstrecke nach Garmisch-Partenkirchen. Obwohl das zu begrüßen ist, bedarf dieser Ausbau einer besonderen Sorgfalt, denn die Bahnstrecke führt durch ein sensibles Moorgebiet. Die Unterbringung der erforderlichen Züge im Garmisch-Partenkirchener Bahnhofsbereich ist ebenso ungeklärt wie die Frage der Parkplätze in Garmisch und Königsee. Laut Machbarkeitsstudie sind alleine 16.000 Parkplätze für das „Snow-Cluster“ notwendig. Diese müssten weit außerhalb von Garmisch-Partenkirchen angelegt werden, will man die Umgebung der Sportstätten und den Ortskern tatsächlich autofrei halten, wie in der Machbarkeitsstudie dargestellt. Dies bedeutet jedoch, dass die Parkplätze z.B. in der Umgebung von Oberau angelegt werden müssten, wo Natur und Landschaft jedoch aus naturschutzfachlicher Sicht keinen Spielraum hierfür lassen. Eine massive Naturzerstörung, und seien die Parkplätze auch nur temporär angelegt, wäre unvermeidlich. Für Garmisch-Partenkirchen ist zu befürchten, dass die immer wieder geforderte, aber aus guten Gründen abgelehnte Sportstättenstraße über den Grünzug der südlichen Wiesen dann doch kommt.

Die Bewerbung für die olympischen Winterspiele wird sich unter anderem daran messen lassen müssen, ob die Alpenkonvention – und darin das Verkehrsprotokoll - in vollem Umfang eingehalten werden. Die Alpenkonvention ist ein verbindlicher Völkerrechtsvertrag im Sinne der Wiener Vertragsrechtskonvention; das Umsetzungsprotokoll „Verkehr“ enthält klare, direkt rechtswirksame Vorgaben.

Maßgeblich sind zum Beispiel:

- die Verpflichtung zu einer Verkehrspolitik, die „Belastungen und Risiken im Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein Maß senkt, das für Menschen, Tiere, Pflanzen sowie deren Lebensräume erträglich (ist)“,
- dass 80 % des Verkehrs mit Bahnen und Bussen abgewickelt werden;
- dass die Vertragspartner auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr verzichten und inneralpine Straßen nur dann gebaut werden dürfen, wenn die Ziele nachweislich eingehalten werden können.

Das bedeutet:

- keine Kapazitätsausweitung bei der Straßeninfrastruktur,
- auch kein erheblicher Ausbau der A8 (für Berchtesgaden/Schönau), sondern allenfalls eine zusätzliche Standspur für die Verkehrssicherheit;
- Modernisierung und Verbesserung des bestehenden Bahnnetzes;
- dem öffentlichen Verkehr muss Vorrang eingeräumt werden.

In den Austragungsstädten in den Alpen werden größere autofreie Zonen innerorts eingerichtet; überdimensionierte Parkplätze an den Ortsrändern werden nicht gebaut.

Dagegen steht zu befürchten, dass die geplanten Olympischen Winterspiele den Ausbau des Autobahn- und Bundesstraßennetz forcieren werden. Neben den damit verbundenen Eingriffen in Natur- und Kulturlandschaften wäre dies auch aus Sicht des Klimaschutzes mit der notwendigen Verkehrsvermeidung ganz sicher nicht: klimaneutral, nachhaltig und ökologisch vorbildlich.

## 7. Ökonomische und soziale Bilanz

### 7.1. Finanzrisiko für Austragungsstätten und Freistaat

Allein der Bewerbungsaufwand für die Olympischen und paralympischen Winterspiele 2018 wird auf 30 Millionen Euro geschätzt, die „aus der Wirtschaft kommen soll(t)en“. Ob es mit den 30 Millionen Euro noch klappt, ist fraglich, denn mit der Finanzkrise wurden die Gönner sparsam. Nur zehn Millionen gelten bisher als gesichert (Stand Februar 2009), weitere Millionen sind nur mündlich zugesagt. „Notfalls müssten die Austragungsstätten und der Freistaat einspringen.“ (Garmisch-Partenkirchner Tagblatt, 24.10.2008). Die Austragungsstätten München (ca. 2,3 Mrd. €, Haushaltsplan 2008 der LH München) und Garmisch-Partenkirchen (ca. 100 Mio. €, LRA GAP) sind bereits jetzt hoch verschuldet - ebenso wie der Freistaat Bayern durch das immense Debakel der Bayerischen Landesbank.

Schon seit Jahren werden Millionen Euro in den Ausbau der Wintersport- und Ski-Infrastruktur in Garmisch-Partenkirchen gesteckt:

- **1997:** Neubau Kreuwankl-Ski-Express ersetzt Doppel-Schlepplift: 6,5 Millionen Euro.
- **2000:** Beschneigungsteich Kandahar/Himmelreich: 7 Millionen Euro (gebaut von der Bayerischen Zugspitzbahn BZB).
- **2002:** Neubau Kreuzeckbahn: 12 Millionen Euro.
- **2006:** Neubau Hausbergbahn: 8 Millionen Euro.
- **2007:** Ausbau Bahnsteig Hausbergbahn: 1,2 Millionen Euro (BZB; davon 80 Prozent als Zuschuss).
- **2007/2008:** Beschneigungsteich inklusive Beschneigung Dreh- und Hornabfahrt: 10 Millionen Euro.
- **2008:** Umbau Kandahar: 12 Millionen Euro
- **2008:** Neubau der großen Sprungschanze 18 Millionen Euro (veranschlagt waren 9,9 Millionen).
- **2009** (geplant): Neubau Kreuzjochlift 8 Millionen Euro.

**Allein diese Maßnahmen addieren sich bis jetzt auf 82,7 Millionen Euro.**

Die Vorbereitungen für die Skiweltmeisterschaft 2011 zeigen, dass ein großer Teil dieser anfallenden Ausgaben von der Kommune getragen werden musste. Nur der kleinere Anteil wird über Zuschüsse finanziert. Für Garmisch-Partenkirchen bedeutet das bereits heute: Verkauf der Sozialwohnungen und Anstieg der Mieten. Damit gehen die Wintersportgroßveranstaltungen zu Lasten der Schwächeren.

Trotz des Verkaufs fast aller gemeindeeigenen Immobilien steigt die Verschuldung von Garmisch-Partenkirchen mit Gemeindewerken und Zugspitzbahn laut Landratsamt GAP schon Anfang 2008 auf über 100 Millionen Euro - die Verschuldung nähert sich damit 4.000 €/Einwohner. Weitere Schulden sind zu erwarten.

Im Jahr 2005, vor der WM-Bewerbung lagen die Schulden noch bei 46,8 Millionen Euro (1785 €/Einwohner). Auch die Stadt München trägt immer noch einen hohen Schuldenberg ab, der mit der Finanzkrise eher zu- als abnimmt.

Eine Betrachtung der geplanten Ausgaben im Investitionsplan der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen für die WM und die Winterinfrastrukturmaßnahmen bis 2011 zeigt, dass diese immensen Ausgaben niemals nachhaltig sein können. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Gemeinde auch das gesamte Risiko für etwaige Verluste bei der FIS-Ski-WM trägt

Bis zur Ski-WM wollen die Gemeinde Garmisch-Partenkirchen und die Bayerische Zugspitzbahn (BZB) über 46 Millionen Euro in die Skigebiete investieren. Allein auf der Zugspitze will man 16 Millionen Euro investieren.

Ein Teil dieser Investitionen müssten auch zur Kalkulation der Olympischen Winterspiele gerechnet werden.

Infolge des Klimawandels sind gerade die Beschneigungssysteme mit ihrer Infrastruktur nur kurzfristig wirksame, aber langfristig teure und daher ökonomisch nicht nachhaltige Investitionen. Die Investitionskosten für eine Schneekanone liegen zwischen 29.000 - 35.000 Euro. Das ist pro Schneekanone mehr, als der Erlös einer Sozialwohnung beim Verkauf an einen Investor im Jahr 2007 erbrachte. Derzeit werden im Classic-Skigebiet etwas mehr als 90 Kanonen eingesetzt.

Es ist wahrscheinlich, dass bei der Beschneigungstechnik mit einem massiven weiteren Ausbau zu rechnen ist – neue Beschneigungsmethoden werden wieder das „Weiße vom Himmel“ versprechen. Mit einer Bewerbung für olympische Winterspiele 2018 werden sie auch gekauft und installiert, denn mit Bewerbung und ggf. einer Zusage *verpflichten sich* die Austragungsorte, zu investieren und die Zusagen - auch für die „Schneesicherheit“ - um jeden Preis einzuhalten (s. das Beispiel Vancouver, siehe unten).

Dazu gehören auch die Kosten für den Ausbau der Verkehrs-Infrastrukturen zum Austragungsort und im Ort, den Neu- und Ausbau der Sportstätten und weiterer Pisten, der Infrastruktur und der „olympischen Dörfer“. Hinzu kommen auch die Folgekosten für die Instandhaltungen der Bauwerke in den Jahrzehnten nach 2018.

Experten warnen zudem vor Energieknappheit und weit höheren Energiepreisen. Damit werden die wirklichen Kosten unkalkulierbar. Es stellt sich dann auch sehr schnell die Frage, ob wertvolle Energie wirklich noch für Beschneigungssysteme etc. oder besser für wichtigere Aufgaben verwendet werden sollte.

Da sich die Anforderungen der Funktionäre häufig ändern (wie beispielhaft bei der Bewerbung und Ausrichtung der FIS-Ski-WM 2011 geschehen), bleibt bisher unklar, welche zusätzlichen Anlagen, welche Infrastrukturen gebaut werden müssen, wie viel Landschaft dafür verbraucht werden soll und welche realen Kosten auf die beteiligten Gemeinden – vor allem auf Garmisch-Partenkirchen - zukommen.

## **7.2. Bisherige Erfahrungen mit olympischen Winterspielen: Finanzielle Belastungen und Gewinn**

Beispiele früherer Bewerbungs- oder Austragungsorte zeigen, dass sowohl die **Gesamtkosten** für die Vorbereitung und Austragung der Spiele viel höher als budgetiert waren als auch die **Folgekosten** für die Instandhaltung der Großanlagen, die Umweltschäden und Schäden durch die Baustellen nicht eingerechnet wurden.

Beispiele:

- Das japanische Nagano, Ort der Winterspiele 1998, ist pleite. Der erhoffte Tourismusboom ist ausgeblieben. Die Baukosten für Infrastruktur (mit Schnellzuganbindung) und die Betriebskosten für die vielfach leer stehenden Anlagen belasten den Haushalt (Schuldenberg: 14 Milliarden Euro) (Quelle: Spiegelonline, 11.2.2002) .

- Turin: Mit Organisationskosten und Aufwendungen für die Infrastruktur ergaben sich Gesamtkosten von 3,4 Milliarden Euro, die größtenteils von der öffentlichen Hand getragen wurden. Bei der Kandidatur wurde die finanzielle Beteiligung der Öffentlichkeit auf „nur“ etwa 500 Millionen Euro budgetiert (Quelle: wwf.it/alpmedia, 9.2.2006). Nach Berichten der Tageszeitung „La Stampa“ (Quelle: Sport.de) beträgt das Defizit, das die olympischen Winterspiele 2006 hinterlassen haben, 25 Millionen Euro. Nun kommen jährlich noch hohe Nachfolgekosten hinzu. So stehen den veranschlagten jährlichen Einnahmen von 2,2 Mio. € bei der Bob-Bahn für deren Erhalt lediglich tatsächliche Einnahmen von 500.000 € gegenüber. Daher droht einigen Sportstätten sogar der Abriss, da die für die olympischen Spiele errichteten Anlagen im Betrieb und in der Instandhaltung zu teuer sind. Auch die ausgebauten Hotelkapazitäten werden nicht ausgelastet.
- Bereits Ende 2005 hat der Bürgermeister von Albertville/F - Austragungsort der Spiele 1992 - veröffentlicht, dass die Skisprungschanze von Courchevel/F ein Defizit von 200.000 Euro pro Jahr verursacht.
- In Lillehammer, Austragungsort 1994, blieb die tatsächliche ökonomische Entwicklung der Kommune durch die Winterspiele um 55 – 85% unter den Prognosen, alleine 40% der Hotels mussten nach den Spielen Konkurs anmelden. (Ökonomische Auswirkungen von Sportgrossanlässen, ITW Luzern 2000)
- Der aktuellste Fall ist Vancouver, Austragungsort 2010. Das Budget der insgesamt dritten Olympischen Spiele in Kanada pendelt sich bei 1,76 Milliarden Kanada-Dollar (1,12 Milliarden Euro) ein. Nicht zum operativen Budget zählen die Mittel für den Bau von Sportstätten. Für die stattlichen Extra-Kosten von 580 Millionen Kanada-Dollar (370 Mio. Euro) müssen die kanadische Regierung und die Regierung der Provinz British Columbia - also die Steuerzahler - aufkommen. Der Tagesspiegel berichtet darüber unter der „Olympia rechnet sich nicht mehr“. (Tagesspiegel.de, 21.1.2009).

Zu den **Gewinnern** dagegen gehört immer das **IOC** selbst. „Das Unternehmen Olympia erzielte bereits vor der Eröffnung in China Rekorde. Die Vermarktungseinnahmen betragen – zusammen mit den Winterspielen 2006 in Turin – mehr als fünf Milliarden Dollar. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) konnte die Einnahmen um 25 bis 30 Prozent auf umgerechnet 3,2 Milliarden Euro steigern. Bei den Spielen in Salt Lake City (2002) und Athen (2004) waren 4,19 Milliarden Dollar Erlöst worden ... Die mehr als fünf Milliarden Dollar sind jedoch nur ein kleiner Teilbereich jener riesigen Summen, die Olympia in Bewegung setzt. Gastgeber China investiert bis zu 40 Milliarden Dollar in die Spiele, an denen Siemens als größter deutscher Profiteur einen Auftragsanteil von 1,1 Milliarden Dollar hat.“ (FocusMoneyonline, 5.8.2008)

Gewinne auf der einen Seite, aber hohe Verluste auf der anderen: Für **die austragenden Gemeinden** bergen auch andere Wintersportgroßveranstaltungen ein **hohes finanzielles Risiko**, wie das Beispiel Oberstdorf zeigt: 63 Millionen Euro Schulden, vor allem durch den Ausbau für die Nordische Ski-WM 2005 und weitere Wintersportgroßereignisse. Die Oberstdorfer waren den Verheißungen von Marketingleuten und Sportfunktionären aufgesessen: Oberstdorf würde das „Wembley der Alpen“ (SZ 23.10.2008).

### 7.3. Nutzen und Belastungen für die ansässige Bevölkerung

Großveranstaltungen bedeuten meist eine deutliche Steigerung aller Preise und der Lebenshaltungskosten. Es stellt sich die Frage, wem die Veranstaltung Olympische Winterspiele dauerhaft nützt. Die „durchschnittliche“ Bevölkerung wird wohl eher mit den Pleiten und den Problemen der Winterspiele und der Zeit danach konfrontiert werden, als mit kommerziellen Möglichkeiten. Der erhoffte Zuwachs an Hotelbetten zur Stärkung des Tourismus schlägt nach den Spielen häufig in eine Pleitewelle wegen zu hoher Kapazitäten um.

Wintersportgroßveranstaltungen führen erfahrungsgemäß zu einem massiven Zweitwohnungsbauboom. Das haben schon die Ski-WM 1978 in Garmisch-Partenkirchen oder die Weltmeisterschaften in St. Moritz und im Oberengadin gezeigt. Zweitwohnungen wiederum belasten jede Gemeinde, da die Infrastruktur für den „Voll-Lastbetrieb“ ausgelegt werden muss und kaum Einnahmen hereinkommen.

Die Mieten sind in Garmisch-Partenkirchen schon jetzt für „Normalverdiener“ fast unerschwinglich. Damit gibt es bereits heute einen deutlichen Siedlungsdruck auf das Umland, mit der Folge eines enormen Verkehrszuwachses.

#### 7.4. Tourismuspotenzial

Garmisch-Partenkirchen profitiert weit mehr vom Sommer- als vom Wintertourismus. Mehr als sechzig Prozent der Übernachtungsgäste kommen im Sommer, und nur ca. 10 Prozent der Übernachtungsgäste im Winter wollen alpin Skilaufen. Demnach ist es für die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen wesentlich sinnvoller, eine intakte Natur zu erhalten, als in eine zerstörte Landschaft zu investieren, die dauerhaft nur von einer kleinen Minderheit genutzt wird.

Es ist zu befürchten, dass wandernde und radelnde Sommertouristen nicht in den Tourismusort Garmisch-Partenkirchen wiederkehren werden, wenn sie dort eine „Großbaustelle“ und geplante Pisten mit Kunstsnee-Infrastruktur durchwandern müssen.

Auch die zunehmend für den bayerischen Tourismus interessante Zielgruppe der sogenannten „Lohas“ (englische Abkürzung: „Lifestyle of health and sustainability“) wird durch zerstörte Landschaft eher abgeschreckt werden. Wenn Garmisch-Partenkirchen gerade diese Zielgruppe als *„Menschen, denen Gesundheit und Nachhaltigkeit besonders wichtig sind, die Wert auf Qualität und Authentizität legen“* (Garmischer Tagblatt, 21.11.2008) ansprechen will, ist Nachhaltigkeit Qualität und Authentizität gefordert – und genau die würde man mit olympischen Winterspielen (vom Bau bis zur Austragung und den sichtbaren Folgen in der Landschaft) aufs Spiel setzen.

#### 7.5. Ungleiche Machtverhältnisse

Erfahrungen mit anderen Großprojekten zeigen, dass im **Windschatten weitere Projekte** – wie neue Hotelbauten im Innen- und Außenbereich, Berggaststätten im Außenbereich (wie es derzeit am Horn versucht wird) und vor allem Straßenbauprojekte - mit Zeitdruck durchgepeitscht werden, die vorher nicht genehmigungsfähig erschienen (s. auch „Verkehr“).

Als großes Problem erweisen sich die ungleichen Machtverhältnisse zwischen lokalen Akteuren und global agierenden, vorwiegend sektoral denkenden und arbeitenden Interessengruppen. Wintersportgroßveranstaltungen, wie Olympische Winterspiele, erzeugen durch ihre Kommerzialisierung eine Vielzahl von Sachzwängen, denen die Kommunen, - besonders nach dem Zuschlag für die Veranstaltung -, hilflos ausgeliefert sind (erster Sachzwang der Olympiabewerbung: München + 2, die bereits vorhandenen Infrastrukturen in Oberstdorf und Ruhpolding wurden nicht in die Bewerbung einbezogen, Auflagen des IOC sind bisher unbekannt). Die Verantwortlichen vor Ort sind häufig überfordert, während die Sportfunktionäre und der IOC-Stab sehr erfahren sind, Dinge durchzusetzen.

## 7.6. Der Dialog

Ein Dialog ist bisher weder mit der betroffenen Bevölkerung noch mit den Verbänden frühzeitig in ausreichendem Maß geführt worden. Die Bewerbungsentscheidung war zum Zeitpunkt der ersten Gespräche längst getroffen. Die „Machbarkeitsstudie“, die eine Grundlage für die Entscheidungsfindung der Stadt- und Gemeinderäte bilden sollte, wurde zum Zeitpunkt wichtiger erster Entscheidungen wie ein „Staatsgeheimnis“ behandelt.

Nach den schlechten Erfahrungen mit der Ski-WM und mit der Bewerbung für die olympischen Winterspiele in Salzburg geht der Bund Naturschutz davon aus, dass er - wie auch andere Naturschutzverbände - nicht wirklich als gleichwertiger Gesprächspartner gehört wird und etwaige Vereinbarungen keinerlei verbindlichen Charakter hätten. Diesen Eindruck hat ein Gespräch zwischen DOSB und den Umweltverbänden am 13. Februar 2009 in München verstärkt.

Diese Klausurtagung hat gezeigt, dass zwei Welten aufeinander treffen. Während bei den Umweltverbänden eine dauerhaften Bewahrung von Natur und Umwelt im Vordergrund steht - , ohne zu übersehen, dass die Alpen auch eine von Menschen genutzte Kultur- und Erholungslandschaft sind - , gibt es für den DOSB die Bewerbungs-Fixpunkte: wie z.B. die Nicht-Einbeziehung fertiger Sportstätten in Ruhpolding und Oberstdorf, die Beschneigung aller Sportstätten oder die Vorgabe, dass ein Sportler nicht länger als fünfzehn Minuten zu seinen Wettkampfstätten brauchen darf etc. Alle diese Fixpunkte verbrauchen Umwelt, ohne dass darüber diskutiert werden darf oder dass dies zur Entscheidung für die Bewerbung eine Rolle gespielt hätte. Diese Tabus, die hier aufgebaut werden, machen die Fortführung des Dialogs für die Naturschutz- und Umweltverbände äußerst schwierig, da sich immer mehr der Eindruck aufdrängt, hier zu nützlichen „Erfüllungsgehilfen“ degradiert zu werden.

Auch der Begriff „Nachhaltigkeit“ hat für die Naturschutz- und Umweltverbände offenbar eine andere Bedeutung als für die Planer der Bewerbung.

Eine Mitwirkung der Verbände im „Umwelt-Fachausschuss“ garantiert kein tatsächliches gestalterisches Mitspracherecht oder gar eine Entscheidungskompetenz, da „letztendlich höhere Gremien entscheiden“ (Zitat Dr. Vesper am 13.02.2009).

## 8. Fazit: Gesamt-Bilanz

**Die Großstadt München kann sich noch einen Vorteil von den olympischen Winterspielen 2018 versprechen. Für die Bewerbungsgemeinden in den Bergen wird 2018 aber zum unkalkulierbaren ökologischen, ökonomischen und für viele ihrer Bewohner auch zum sozialen Risiko.**

Fest steht: Das Megaevent „olympische Winterspiele 2018“ ist ohne immensen Ausbau der Infrastrukturen, weiterer Landschafts- und Naturzerstörung und hohem Energieverbrauch nicht möglich.

Viele der ausrichtenden Orte sind nach Olympischen Winterspielen hoch verschuldet. Garmisch-Partenkirchen hat schon jetzt einen immensen Schuldenberg. Die Finanzkrise trägt dazu bei, diese Schulden unkalkulierbar zu machen. Sponsorengelder fließen spärlicher, selbst die Kosten für Bewerbung sind noch nicht gesichert. Für die Vorbereitungen und die Veranstaltung der olympischen Winterspiele sind weitere gigantische Kosten zu erwarten - und das in einer existentiellen Finanzkrise. Dabei sind die Skiwettbewerbe in Garmisch-Partenkirchen besonders teuer. Folgekosten für Verkehrsprojekte, Infrastrukturen und Reparaturen sind in die aktuellen Kalkulationen noch nicht eingebucht. Diese Schulden sowie die Folgekosten für nicht sinnvoll nutzbare Anlagen, eine verbaute Rest-

Natur und eine geschädigte Landschaft tragen die Bürger von Garmisch-Partenkirchen, ihre Kinder und letztlich die gesamte Gesellschaft.

FIS-Ski-Weltmeisterschaften und olympische Winterspiele binden das gesamte verfügbare Kapital. Dies und die Folgekosten (allein Zins und Tilgungen für die absehbaren weiteren Schulden) verhindern in der Folge den notwendigen Strukturwandel im Tourismus mit weniger schneeabhängigen Urlaubsformen und Ausrichtung auf andere Zielgruppen (z.B. sog. „Lohas“, s.o.).

Von einem sanften, umweltschonenden und naturfreundlichen Tourismus, wie ihn Garmisch-Partenkirchen derzeit auf seine Fahnen schreiben will, kann in einer nach „olympischen Maßstäben“ umgebauten Alpenlandschaft nicht mehr die Rede sein. Die Region Garmisch-Partenkirchen hätte einen für die nachfolgenden Generationen lebenswichtigen Standortfaktor verSPIELT: Eine naturnahe Kultur- und Naturlandschaft, die im Winter wie im Sommer ihren Namen verdient und für Touristen attraktiv ist.

Gerade die Zielgruppe der auf Gesundheit und Nachhaltigkeit, d.h. Qualität und Authentizität Wert legenden Touristen, wird von den Investitionen für die olympischen Winterspiele nicht profitieren, sondern eher abgeschreckt. Dabei ist die Entwicklung eines klima-, natur- und umweltverträglichen Tourismus viel mehr die tatsächliche Überlebensfrage für den bayerischen Alpen-Tourismus als der Kampf um die öffentlich Aufmerksamkeit der Welt während weniger Tage.

Bereits die Bewerbung für die olympischen Winterspiele gibt Garmisch-Partenkirchen ein Image als harter Wintersportort, obwohl nicht einmal vierzig Prozent der Übernachtungsgäste im Winter kommen. Die sechzig Prozent der Sommer-Gäste schreckt dieses Image eher ab.

Dazu kommt noch ein „Image-Risiko“: Denn ob im Jahr 2018 der technische Aufwand ausreichen wird, tatsächlich die geforderte Schneesicherheit zu erreichen, ist stark zu bezweifeln: Im Jahr 2018 wird es in Garmisch-Partenkirchen und am Barmsee mit großer Wahrscheinlichkeit – trotz des sogenannten besonderen „Mikroklimas“ in Garmisch-Partenkirchen - keine „Schneesicherheit“ mehr geben, und sogar für künstliche Beschneigung könnte es zu warm sein. Neue Beschneisysteme sprühen vielleicht ein weißes Pistenband in die grüne Landschaft, aber damit würde sich die beabsichtigte Werbewirkung in ihr Gegenteil verkehren: Es stünde das „Image“ der olympischen Winterspiele wie auch das Ansehen der Austragungsorte „München plus 2“, also in erster Linie Garmisch-Partenkirchens auf dem Spiel.

Die Möglichkeit eines „Image-GAU“, d.h. die Angst vor und die Sensibilisierung durch den Klimawandel bis 2018 könnte zu einem regionalen oder gar globalen Boykott mit gewaltigem Imageschaden und entsprechenden finanziellen Verlusten führen. Die Bewerbung um die Winterspiele *jetzt* ist so etwas wie eine riskante Wette gegen die realen wie symbolischen Folgen des Klimawandels. Dessen muss man sich bewusst sein. Bezahlen müssen meist die Nichtverantwortlichen - das sieht man an der jetzigen Finanzkrise.

**Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind höchste „Querschnittskriterien“ für die Olympischen Winterspiele 2018. Die geplanten Olympischen Winterspiele 2018 können nach den derzeit vorliegenden Fakten weder ökologisch noch nachhaltig sein. Ein Konzept für die Olympischen Winterspiele 2018 - insbesondere in Garmisch-Partenkirchen -, das den Nachhaltigkeitskriterien genügt, ist derzeit nicht bekannt.**

**Unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen mit den zu erwartenden Eingriffen und hohen ökologischen, ökonomischen und finanziellen Risiken ist eine Vereinbarkeit der Bewerbung mit dem Primat von Klimaschutz und Nachhaltigkeit daher nicht erkennbar.**